

VORWÄRTS EXTRA

„GEMEINSCHAFTSSCHULE: ES GIBT NOCH VIEL ZU TUN!“

Am 1. Juni haben die ersten sieben Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein mit der Genehmigung durch das Bildungsministerium das Startsignal erhalten. Wir haben mit Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave über diesen bedeutenden Tag und die Zukunft der Gemeinschaftsschulen im Land gesprochen.

Am 1. August werden die ersten sieben Gemeinschaftsschulen mit insgesamt rund 750 Schülerinnen und Schülern ihre Arbeit aufnehmen. Was bedeutet das für Dich und für das Land?

„Ich freue mich natürlich! Das ist der Beginn einer neuen Ära im schleswig-holsteinischen Bildungssystem. Gemeinschaftsschulen sind Ausdruck eines entscheidenden Umdenkens im Schulwesen nach PISA. Die „Schule für alle“ ist unsere Antwort auf eine Gerechtigkeitslücke im bestehenden Bildungssystem. Sie stellt die individuelle Förderung jeder einzelnen Schülerin, jedes einzelnen Schülers in den Mittelpunkt. Wir wollen erreichen, dass Kinder und Jugendliche ihre Fähigkeiten besser ausschöpfen können, ohne früh auf einen Bildungsabschluss festgelegt zu werden. Sozial bedingte Nachteile wollen wir stärker ausgleichen. Wir haben da etwas Gutes und bundesweit Vorbildliches auf den Weg gebracht!“lung trifft vor allem die Eltern in den ländlichen Gebieten. Hier sind lange Schulwege der Normalfall.

Fehmarn, Flensburg, Halstenbek, Handewitt, Itzstedt, Kellinghusen, Schafflund – das sind die ersten Sieben. Warum gerade diese Standorte?

„Weil diese sich sehr früh

auf den Weg gemacht haben, gute Konzepte erarbeitet haben und an allen Standorten die von uns verlangten Voraussetzungen erfüllt werden. Die Entscheidung ist natürlich in enger Abstimmung mit den Schulen und Schulträgern gefallen. Ich muss sagen, dass ich beeindruckt bin mit welchem Einsatz vor Ort an der Entwicklung der Gemeinschaftsschule gearbeitet wurde. Die Schulleitungen, die Lehrerinnen und Lehrer, die Eltern, die Schulträger und Ämter, die Kommunalpolitik – alle waren einzubinden und zu überzeugen. Jetzt wird sich zeigen, dass sich der Einsatz gelohnt hat. Übrigens nicht nur für die an Schule Beteiligten. Denn für die Schulträger heißt die Errichtung einer Gemeinschaftsschule, dass ein umfassendes Bildungsangebot an ihrem Standort ermöglicht wird oder auch in Zukunft gesichert ist.

Du hast gerade aufgeführt, wie viele verschiedene Akteure auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule beteiligt sind. Dabei könnten auch Konflikte entstehen. Wie geht man damit um?

Erst einmal freue ich mich, dass das Interesse an Gemeinschaftsschulen ungebrochen hoch ist. Also: Entmutigt ist bisher niemand – im Gegenteil. Die Diskussionen in und um die Schulen, die jetzt Gemeinschaftsschulen werden,

wurden teilweise sehr professionell begleitet. So bietet zum Beispiel das IQSH Unterstützung durch Moderatoren an, die als Unabhängige schwierige Diskussionsverläufe glätten und Konflikte verhindern können.



Hatten diese Schulen bei ihrem Weg zur Gemeinschaftsschule weitere Unterstützung durch das Ministerium? Und wie geht's jetzt weiter?

„Ja, Unterstützung gab es und wird es auch weiterhin geben. Einige Schulen haben unseren Förderfonds genutzt und mehr Stunden bekommen. Dies wird auch weiterhin geschehen. Grundsätzlich bekommen die neuen Schulen – also Gemeinschaftsschulen und Regionalschulen – mehr neue Lehrerstunden. Denn eins ist klar: Mit der

Genehmigung ist für diese Schulen nun der erste Schritt getan. Die Umsetzung in die Praxis der schulischen Arbeit erfordert jedoch auch in Zukunft noch erhebliche Anstrengungen – nicht nur materieller Art. Wir werden deshalb die Schulen durch Fortbildungsangebote und Beratungen weiter unterstützen.“

Gemeinschaftsschulen waren und sind politisch hoch umstritten. Ist das in den bisherigen Genehmigungsverfahren ein Thema gewesen?

„Am Rande. Es sind derzeit ja nicht gerade wenige Gemeinden von der CDU dominiert – und die hat sich bekanntlich die Einrichtung von Gemeinschaftsschule nicht wirklich auf die Fahnen geschrieben. Meine Erfahrungen sind aber andere: Viele Kommunalpolitiker, egal welcher Partei, die wirklich gestalten wollen und für den eigenen

Schulstandort eine Entwicklungschance sehen, setzen auf die Gemeinschaftsschule. Ideologische Grabenkämpfe gibt es meines Wissens nur in wenigen Kommunen. Die, die sich auf den Weg gemacht haben, stehen zusammen. Das ist ein gutes Signal.

Was muss man berücksichtigen und tun, wenn man eine Gemeinschaftsschule am Ort entstehen lassen möchte?

„Scheuklappen runter, Partner suchen, offen sein auch für neue Bündnisse. Es geht nur im Dialog zwischen den betroffenen Schulen, Eltern, Ämtern und nicht zuletzt den Kommunalpolitikern. Es gibt klare Voraussetzungen und Anforderungen an die Bildung von Gemeinschaftsschulen. Die Pläne müssen in eine Schulentwicklungsplanung passen, d.h. man muss in Regionen denken, Entwicklung der Schülerzahlen, des Angebotes und der Nachfrage berücksichtigen und anderes mehr. Wir haben im Ministerium und in den Schulämtern der Kreise Ansprechpersonen, die gerne weiterhelfen und beraten. Und auf der Homepage des Ministeriums gibt es jede Menge Informationen zum neuen Schulgesetz. Es gibt noch viel zu tun, auf geht's!“

Ute, danke für das Gespräch.



FAMILIEN-SOMMER 2007

Am 1. Juli startete die SPD Schleswig-Holstein zusammen mit Gitta Trauernicht erfolgreich in den „Familienommer 2007“ - und zwar mit einem großen Familienfest im ‚Erlebniswald Trappenkamp‘ in Daldorf. Neben dem Cappy für Kinder mit dem Slogan „Immer gut behütet!“ gab es erstmals auch den von der Projektgruppe „Vereinbarkeit von Familie & Beruf“ entwickelten „Familienrucksack“, prall gefüllt mit vielen sinnvollen Give-Aways für Kinder und Infos für Eltern.

Wenn Ihr in Eurem Ortsverein ein Familien- oder Sommerfest plant, meldet Euch beim Landesverband, dort könnt Ihr den Familienrucksack beziehen und weitere Tipps für Eure Veranstaltung erhalten! ■

Meldet euch bei:
Nina Thielscher,
Tel.: 0431-9060628,
Fax: 0431-9060621,
E-Mail:
Nina.Thielscher@spd.de

MEHR BEITRAG, MEHR SPD!

Der Startschuss für die vom Landesparteitag im März beschlossene Kampagne zur freiwilligen und solidarischen Erhöhung der Mitgliedsbeiträge ist jetzt gefallen. Nach Vorstellung und Diskussion der Kampagne im Kreisvorstand hat die SPD Pinneberg beschlossen, die Kampagne als erster Kreisverband zusammen mit der Landes-SPD durchzuführen. Innerhalb der nächsten zwölf Monate sollen dann nacheinander alle anderen Kreisverbände folgen.

Die Kampagne „Mehr Beitrag, mehr SPD!“ setzt sich aus zwei Elementen zusammen. Zum einen wird mit intensiver innerparteilicher Öff-

entlichkeitsarbeit bei den aktiven Mitgliedern um eine Beitragserhöhung geworben. Hierzu wird es eine Postkarte geben, mit welcher der Mitgliedsbeitrag erhöht werden kann. Diese Karte wird auf allen Parteiveranstaltungen ausliegen. Auch auf der Homepage der SPD Schleswig-Holstein (www.spd-sh.de) kann der Beitrag schnell und unkompliziert erhöht werden. Außerdem

können alle Mitglieder die Kampagne durch das Tragen eines kleinen Ansteckpins, der als Symbol der Kampagne dient, unterstützen.

Zum anderen wird es in enger Kooperation des Landesverbandes mit den Kreisverbänden und Ortsvereinen eine Telefonaktion geben, um für eine freiwillige Beitragserhöhung zu werben.

„Für die kommenden Wahlkämpfe in Schleswig-Holstein ist eine finanziell schlagkräftige SPD notwendig, um auch die politische Schlagkraft zu erhöhen“, so der SPD-Landesschatzmeister Jörg Wenghöfer. „Aber nicht nur in Wahlkämpfen, sondern auch und gerade im politischen Alltag muss die SPD ihre politischen Vorstellungen offensiv darstellen können.“ Auch hierfür sei die finanzielle Handlungsfähigkeit der Partei unerlässlich. Nicht zuletzt sichere die finanzielle Schlagkraft die Präsenz der Partei in der Fläche, denn der Service und die Betreuung der Mitglieder vor Ort durch die Kreisgeschäftsstellen werden so auf Dauer gewährleistet. ■



PERSONALIEN

■ Regina Poersch im Amt bestätigt:

Die Landtagsabgeordnete Regina Poersch bleibt Vorsitzende des Kreisverbandes Ostholstein. Die Mehrheit der Delegierten bestätigte die 37-Jährige am 1. Juni auf einem Kreisparteitag im Amt. Die gelernte Diplom-Verwaltungswirtin steht seit 2002 an der Spitze des Kreisverbandes Ostholstein.

■ Andreas Beran neuer Landespartei-ratsvorsitzender: Der SPD-Landesparteirat hat am Abend des 4. Juni in Kiel den Kreisvorsitzenden aus Segeberg, Andreas Beran (53), zu seinem neuen Vorsitzenden gewählt. Zur stellvertretenden Landespartei-ratsvorsitzenden wurde Helga Schirmacher aus dem Kreis Stormarn wieder gewählt.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel.
Redaktion: Nina Thielscher, Amin Hamadmad, Christian Kröning (verantwortlich)
www.spd-sh.de

DIE SPD IST VERLÄSSLICH UND SELBSTBEWUSST!

Die letzten Wahlen und verschiedenen Umfragen zeigen, dass es zur Zeit in Deutschland eine Mehrheit links von der Mitte gibt. Das kann auch für Schleswig-Holstein gesagt werden: Die von einer Zeitung in Auftrag gegebene Umfrage des Instituts für Marktforschung in Leipzig prognostiziert im Frühjahr für eine schwarz-gelbe Koalition lediglich 45 % der Wählerstimmen. Das alte Bündnis von Rot und Grün käme dagegen auf 46%, der SSW auf 3% und die Linkspartei auf 2%. Das sind alles nur Wasserstandsmeldungen und keine Wahlergebnisse. Die Zahlen, die durch die Wahlergebnisse in Bremen bestätigt werden, geben aber klare Hinweise. Ich sehe sie so:

- Die SPD ist mit der CDU eine Koalition für die Regierungszeit bis 2010 eingegangen. Eine andere Regierung konnte nicht gebildet werden. Wir haben einen Vertrag geschlossen, den wir erfüllen müssen.

- Wir sind mit der CDU in einer Koalition. Der Regierungspartner kann Vertragstreue erwarten und er bekommt sie auch. Er kann nicht erwarten, dass sich die SPD als linke Volkspartei nicht eigenständig und selbstbewusst zu allen politischen Feldern äußert. Wir sind in einer Koalition, wir wollen aber nicht fusionieren.

- Wir müssen uns vor der politischen Auseinandersetzung mit der

CDU außerhalb des bestehenden Koalitionsvertrages nicht fürchten. In allen wichtigen Politikfeldern stehen wir im Lande gut da. Das gilt für die Schulpolitik, die Verwaltungsstrukturreform, den Schutz der Kinder und der Familien und auch bei der Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und erst recht für eine nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik.

- Es gibt Mitglieder, das haben wir nicht nur aus der Stern-Umfrage erfahren, die zweifeln an der SPD und sind in Sorge um die traditionellen Werte der Partei. Diesen Genossinnen und Genossen möchte ich sagen, dass die SPD in Schleswig-Holstein ein Garant für diese Werte ist. Das können wir vielfältig belegen: Mit unserem gerechten Steuerkonzept, mit der Gemeinschaftsschule, mit unserem Kampf für faire Löhne, mit unseren Parteitagebeschlüssen zum handlungsfähigen Staat und mit unserem Abstimmungsverhalten auf den Bundesparteitagen.

- Für diese Politik brauchen wir aber Mehrheiten. Die kommen nicht von alleine, die müssen erarbeitet und auch erkämpft werden. Dazu können viele beitragen.

- Landesvorstand, Landtagsfraktion und SPD-Regierungsmitglieder haben unterschiedliche Verantwortungen, müssen aber an einem Strang und in die gleiche Richtung ziehen. Nur so

kann es gemeinsamen Erfolg geben, gelingt das nicht, profitiert nur der Gegner.

- Kreisvorstände und die Führungen der Ortsvereine können Vertrauen zu ihrem Landesvorstand haben. Ich wünsche mir eine lebhaft diskutierende Partei, die wichtigsten aktuellen Politikfelder haben wir in der Vorstandsklausur beschrieben. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, dass die Menschen uns als interessante und kompetente Partei wahrnehmen, in der diskutiert wird, um zu Beschlüssen und zu konkreten Handlungen zu kommen.

Die SPD ist eine stolze Partei mit einer großen Vergangenheit. Daraus können wir alle die Kraft schöpfen, die wir für die Gestaltung der Zukunft brauchen. Wir sind für Partner und Kontrahenten verlässlich, wir sind kompromissfähig, aber nicht unterwürfig. Wir wissen, dass unsere Mitglieder auf uns schauen und darauf achten, dass SPD auch SPD bleibt. ■

Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender



WIR GRATULIEREN IN DEN MONATEN JULI UND AUGUST:

ZUM 101. GEBURTSTAG:

Arthur Behrmann, Schenefeld
Liddy Giese, Wankendorf

ZUM 99. GEBURTSTAG:

Walter Kolz, Kappeln
Georg Reinhardt, Reinbek

ZUM 97. GEBURTSTAG:

Anneliese Bauer, Lübeck
Charlotte Schulz, Kiel

ZUM 96. GEBURTSTAG:

Gertrud Müller, Itzehoe
Else Rosinsky, Lübeck

ZUM 95. GEBURTSTAG:

Otto Mentzel, Itzehoe

ZUM 94. GEBURTSTAG:

Marianne Bock, List
Charlotte Dahmke, Mönkeberg
Jaroslau Vana, Elmshorn
Eva Wasmus, Bad Bramstedt
Marta Weissshuhn, Elmshorn

ZUM 93. GEBURTSTAG:

Heinz Gremmel, Kiel
Martha Schmidt, Heiligenhafen

ZUM 92. GEBURTSTAG:

Emma Grabowski, Neumünster
Eva Dieck, Lübeck

Gertrud Luhn, Stockelsdorf
Siegfried Mader, Osterrönfeld

ZUM 91. GEBURTSTAG:

Edda Wolf, Lauenburg
Wilhelmine Fiedler, Itzehoe
Alice Jacobsen, Fockbeck

Heinrich Völkel, Kiel
ZUM 90. GEBURTSTAG:
Bertha Gause, Schenefeld
Frieda Neumann, Quickborn
Karl Niemann, Lübeck
Anni Rabe, Lübeck
Ida Roenfeldt, Panker
Gertrud Schröder, Kiel
Gertrud Tiedemann, Nortorf
Erna Wicke, Fehmarn/Burg

TERMINE

- 12. Juli, 18.30 Uhr
"Wer entscheidet am Ende des Lebens?" Diskussion zum Thema Patientenverfügung mit E.D. Rossmann, MdB, und anderen. Elmshorn, Hotel im Winkel.
- 12. Juli, 19.00 Uhr
Kreisverband Rendsburg-Eckernförde, außerordentlicher Kreisparteitag, Aufstellung eines Landratskandidaten. Rendsburg, „Conventgarten“.
- 12. Juli, 19.00 Uhr
Kreisverband Segeberg, außerordentlicher Kreisparteitag zum Grundsatzprogramm. Bad Bramstedt, „Restaurant Kaisersaal“.
- 25. Juli, 15.00 Uhr
Kreisverband Dithmarschen, Kreiskonferenz der AG 60plus Dithmarschen, mit Jörn Thießen. Meldorf, Hotel „Zur Linde“
- 28. August, 19.00 Uhr
Kreisverband Stormarn, außer-

ordentlicher Kreisparteitag zum Grundsatzprogramm. Ammersbek, „Pferdestall“.

- 30. August, 19.30 Uhr
Kreisverband Dithmarschen, Kreisparteiausschuss zum neuen Grundsatzprogramm, mit Ralf Stegner. Meldorf, „Hotel zur Linde“.

- 31. August, 19.00 Uhr
Kreisverband Rendsburg-Eckernförde, außerordentlicher Kreisparteitag zum neuen Grundsatzprogramm. Groß Wittensee, Hotel „Schützenhof“.

- 8. September, 10.00 Uhr
Außerordentlicher Landesparteitag „Grundsatzprogramm“. Kiel, Casino der Stadtwerke Kiel.

SEMINARE

SEMINARE FÜR NEUE MITGLIEDER

Nordsee Akademie Leck

- 31. August bis 2. September
- 9. bis 11. November

Kostenbeitrag 35 Euro, Anmeldung erbeten bis jeweils drei Wochen vor Seminarbeginn.

FIT FÜR DEN KOMMUNALWAHLKAMPF 2008

Zwei Schwerpunktthemen:
1. Kampagnenfähigkeit der Partei: Planung und Strategieentwicklung, Programm, CD, CI, Öffentlichkeitsarbeit, Wahl-

kampf-Aktionen, Wahlkampf-Veranstaltungen, Pressearbeit, Argumentieren, etc.)

- 6. bis 7. Juli
 - 21. bis 22. September
 - 9. bis 10. November
2. Seminar für Kandidatinnen und Kandidaten:
Positives persönliches Erscheinungsbild, Öffentlichkeitsarbeit, argumentieren und diskutieren, überzeugen, zuhören, Umgang mit Kritik, Zeitmanagement, etc.
- 14. bis 15. September
 - 12. bis 13. Oktober
 - 16. bis 17. November
- Freitagabend 18 Uhr bis Sonnabendnachmittag 16 Uhr, Orte werden noch bekannt gegeben.
Kosten: 50 Euro (oder dezentral, nach Absprache zwei Abende à 3 Stunden, 25 Euro)

AUFBAUSEMINAR FÜR ABSOLVENTEN DER KOMMUNAL- AKADÉMIE

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente

- 5. bis 7. Oktober

(35 Euro pro Wochenende)

Anmeldung erbeten bis 14.09.07.
Information und Anmeldung:
Elfriede Marx, SPD-Landesverband, Elfriede.Marx@spd.de,
Tel. 04 31/9 06 06-46
Fax. 04 31/9 06 06-41

MITGLIEDER- WERBUNG: ERFOLGREICHE ORTSVEREINE

Zehn Prozent neue Mitglieder bis zur Kommunalwahl – das ist das Ziel. Hier einige erfolgreiche Ortsvereine (seit Juni 2006):
Dannewerk (zwei neue Mitglieder, 20% Zuwachs) Bliestorf (5, 19%), Schwartbuck (3, 16%), Sievershütten (3, 18%), Kiel-Wellingdorf (4, 15%), Rabel (1, 14%), Sterup-Esgrus (4, 14%), Neuenkirchen (2, 13%), Holtsee (2, 11%), Norderbrarup (2, 11%), Lasbek (2, 11%), Langwedel (1, 10%), Struckum (1, 10%), Kiel-West/Altstadt (10 neue Mitglieder, 8% Zuwachs), Lübeck-Altstadt (8, 8%), Kieler Mitte (16, 5%) . ■

FALKEN SOMMERCAMP

Vom 28. Juli bis 18. August findet dieses Jahr das Sommer-Zeltcamp der Falken in Schlowe (Mecklenburg-Vorpommern) statt. Infos unter: www.sjd-diefalken.de

NAZIS IN SH

Die Veranstaltung der Landtagsfraktion am 05. Juni in Kiel zu dem Thema „Moderne Nazis - auch in SH?“ war sehr gut besucht, leider auch von einigen Mitgliedern des NPD-Landesvorstandes. Diese und weitere NPD-Mitglieder störten bei der anschließenden Diskussion gezielt die Veranstaltung. Sie versuchten bei Wortmeldungen durch Monologe zu punkten, was allerdings durch die abgeklärte Moderation von MdL Klaus-Peter Puls nicht gelang.

Habt ihr auch Probleme mit Rechtsextremen in eurem Ortsverein? Wir wollen mit euch nach den Sommerferien darüber sprechen. Wenn ihr betroffen seid, meldet euch bei uns! info@spd-sh.de ■

KOOPERATION SÜDWEST

Die Zusammenarbeit auf der kommunal- und parteipolitischen Ebene ausbauen, die Präsenz vor Ort für den Bürger und die Parteimitglieder verbessern und die Kreisbüros zu Dienstleistungszentren weiterentwickeln. Zu diesen Zielen haben sich die SPD-Kreisverbände Segeberg, Pinneberg, Steinburg, Dithmarschen und der Landesvorstand verpflichtet und dies in einer

Zielvereinbarung festgelegt.

„Eine solch konkrete verbindliche Form bei der Unterzeichnung ist einmalig im Landesverband.“, so Hannes Birke, Kreisvorsitzender von Pinneberg. Birke, der von seinen Vorstandskollegen zum Sprecher der vier Kreisverbände berufen wurde, soll die zukünftige Zusammenarbeit unter der Bezeichnung „Region Süd-West“ koordinieren. ■



V.l. n. r.: Christian Kröning, Angelika Hansen-Siebels, Jörg Wenghöfer, Hannes Birke, Rudolf Riep, Andreas Beran, Bettina Hagedorn

STELLEN- KÜRZUNGEN?

Die Position der SPD zu dem Vorschlag der CDU, im Landesdienst 5.000 Stellen zu streichen, ist klar: Wenn die Pläne für Personalkosteneinsparungen weit hinter den Erwartungen zurück geblieben sind und die Nervosität in der CDU deshalb stark ansteigt, so ist die Kritik daran an das zuständige Ressort der Herren Wiegard/Schlie zu richten. Nach 0,4 Stellen realer Einsparung wird nun der alte Wahlkampfladenhüter von 2000 Stellen nicht nur aufgewärmt, sondern auch noch auf 5000 gesteigert. Soviel zum Thema Seriosität. Jeder weiß: Der Weg zu substanziellen Personalkosteneinsparungen führt im Wesentlichen über eine konsequente Verwaltungsstrukturreform beim Land,

den Kreisen und den Ämtern. Die Widerstände dagegen liegen bekanntlich nicht auf Seiten der SPD.

In der Großen Koalition ist vereinbart, dass es bei Bildung, Innerer Sicherheit und Justiz zu keinen Abstrichen bei der Personalausstattung oder zu Stellenkürzungen kommt, denn dies wäre in diesen Bereichen unverantwortlich. Dabei wird es bleiben.

Statt durch weniger Bürokratie mehr Spielräume zugunsten von Bildung und Kinderbetreuung zu schaffen, will die CDU den Menschen weniger Innere Sicherheit oder schlechtere Bildung zumuten – daran wird sich die SPD keinesfalls beteiligen. ■